

Walter Scheel: Zu den Notstandsgesetzen, 1968

(...)

Wir wollen eine alternative, eine neue Politik. Die Zukunft Deutschlands braucht eine neue Politik, und sie braucht eben darum die Liberalen, sie braucht unsere Partei, um diese Politik zu artikulieren und durchzusetzen. Unsere Verfassung, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist liberal, sie ist die liberalste der Welt. Sie ist unsere Verfassung. Aber die Große Koalition schickt sich an, der Verfassungswirklichkeit und dem Verfassungswortlaut Gewalt anzutun. Schon das erste Jahr unserer parlamentarischen Opposition hat bewiesen, daß wir unseren Auftrag als Hüter der Verfassung, als Hüter der Bürgerrechte ernst nehmen. Es hat bewiesen, daß wir nicht nur den Willen, sondern auch Fähigkeit und Kraft zu entfalten wußten, diesem Auftrag wirksam gerecht zu werden.

Ich neige nicht zu Prognosen; aber zur Notstandsgesetzgebung kann ich jetzt schon sagen: Entweder wird sie unserem Gesetzentwurf "zur Sicherung der rechtsstaatlichen Ordnung im Verteidigungsfall" täuschend ähnlich sein – das heißt praktisch identisch – oder es wird keine geben.

Wir wollen den Bürger schützen; unsere Gegner wollen die Exekutive perfektionieren.

Carl Schmitt war es, der sagte, wer die Macht habe, das zeige sich im Ausnahmezustand. Das ist eine Warnung. Auch im Ausnahmezustand bleibt in der Demokratie die Macht beim Bürger, oder die Demokratie geht zum Teufel.

Die Fraktion der FDP im Bundestag hat einen Entwurf zur Strafrechtsreform vorgelegt. Dieser Entwurf wurde von Professoren erarbeitet, die man zur außerparlamentarischen Opposition rechnen muß. Nehmen Sie dieses Beispiel als Beweis dafür, daß wir nicht eitel auf irgendeine falsche Originalität aus sind, sondern vernünftige Hilfen annehmen, wenn sie sich bieten; daß wir gerade in einer solchen Wahrnehmung der Möglichkeiten unserer Oppositionsarbeit den Auftrag von Opposition verwirklichen, vernünftige Alternativen vor die gesetzgebende Versammlung zu bringen und sie so der öffentlichen, der demokratischen, der parlamentarischen Entscheidung zugänglich machen." (...)

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach